

## Standort DG

(Zum gleichnamigen GE-Bericht vom 21.11.2013)

Dass K.-H. Lambertz mit der ständigen Forderung nach einem "Belgien zu Viert" bei Flamen und Wallonen inzwischen mehr Antipathie als Sympathie erzeugt und der DG eher schadet, das merkt er selber womöglich gar nicht mehr. Weil die DG schon aus finanziellen Gründen niemals eine gleichberechtigte Region sein kann, gefährdet Herr Lambertz mit dieser arroganten Forderung, meines Erachtens, sogar eine weitere sinnvolle Kompetenzübertragung.

Die diesbezüglichen Sorgen von Ludwig Henkes, dem Präsidenten des Arbeitgeberverbandes in der DG, sind nur allzu verständlich angesichts der in Belgien viel zu hohen Steuern und Sozialabgaben. Yves Noel beschreibt die Situation der Unternehmen mit dem drastischen Satz: "Bei den hohen Lohnnebenkosten muss man ja verrückt sein, noch in Belgien zu investieren."

An dieser Stelle wäre natürlich auch eine Ursachenerforschung hilfreich. Gründe für die viel zu hohen Kosten auf die Arbeitsplätze in Belgien sind sicher auch die katastrophale Vermehrung von Regierungs- und Verwaltungsstellen und Pöstchen, aber vor allem ist es die dramatisch ansteigende Staatsverschuldung, welche zu den hohen Steuern und Sozialabgaben zwingt. Die Staatsverschuldung wird auch mit immer neuen PPP-Projekten, so wie sie ganz aktuell wieder von K.-H. Lambertz für die DG angekündigt wurden, noch weiter verschärft. Dabei könnten die belgischen Politiker die finanzielle Situation Belgiens mit einer ganz einfachen, geldpolitischen Maßnahme entscheidend verbessern. In dieser Hinsicht müssen sich auch die Arbeitgeber in der DG entscheiden: Beides, sowohl einen realen Betriebserfolg auf Grund geringer Lohnnebenkosten und gleichzeitig hohe rein monetäre Spekulationsgewinne über den Zinseszins, können auch sie auf Dauer nicht erwarten!

Joseph Meyer, Klosterstrasse, St.Vith